

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Postgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition.  
Berlin S. 55, Urbanstr. 68 I.

Inserate  
pro dreizehntägiger Petitzeile 60 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf. Bekannt-  
machungen z. B. 20 Pf. Bekannt-  
machungen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 31.

Berlin, den 29. Juli 1917.

33. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Berichtskarten für das Statistische Amt (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag für die Fälligkeit der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 28. Juli in Betracht. Die Berichtskarten sind spätestens bis zum 6. August an uns einzusenden.

Sollte die Sendung bis zum 28. Juli irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht.

2. Vom Jahresbericht für 1916 haben wir noch einigen Vorrat. Wenn irgendwo noch Jahresberichte gewünscht werden, bitten wir um Bestellung bis zum 6. August. Wir werden dann den Vorrat entsprechend verteilen und können spätere Nachbestellungen nur noch berücksichtigen, wenn nach Befriedigung der jetzt erfolgten Bestellungen noch Vorrat verbleibt.

Der Verbandsvorstand.

## An der Wende des dritten Kriegsjahres.

Nach einer vorausgegangenen programmatischen Erklärung des neuen Reichstanzlers, und nachdem Redner aller Fraktionen deren Standpunkt dargelegt, hat der Deutsche Reichstag am 19. Juli in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 126 Stimmen folgende Entschliebung angenommen:

„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Bestandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeinerung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich anscharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heftigstem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“

Damit hat der Reichstag zwar nur ausgesprochen, was die große Mehrheit des deutschen

Volkes schon lange empfand, aber die offene Aussprache dessen, was ist, muß in diesem Falle doch als eine erlösende Tat betrachtet werden, weil damit aller Zweideutigkeit ein Ende gemacht und die Politik Deutschlands für die Folge festgelegt ist. Das ist um so mehr der Fall, als sich auch der Kanzler des Reichs mit dem Grundgedanken der Entschliebung, also mit einem Frieden der Verständigung, ohne erzwungene Gebietsveränderungen und ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung, einverstanden erklärte und mindestens zwanzig der Reinsager unverständigerweise gegen die Entschliebung stimmten, obgleich auch sie sich mit diesem Grundgedanken der Entschliebung einverstanden erklären. Es kann also für die Folge keinen Zweifel mehr geben an dem ehrlichen Willen des deutschen Volkes, den Krieg nur zur Verteidigung seines bisherigen Besitzstandes und für seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu führen, und die Waffen der Verdröhnung und der Unwahrheit sind den Kriegsherrn im gegnerischen Lager endlich aus der Hand geschlagen.

Was wird nun zunächst die Wirkung des Beschlusses der deutschen Volkswertretung zu einem Verständigungsfrieden sein? Wird man im feindlichen Ausland in gleicher Weise die in Volkstreifen zweifellos auch dort vorhandene Friedensstimmung bekunden oder wird man den Friedenswillen Deutschlands wieder als ein Zeichen dafür ansehen, daß Deutschland am Ende seiner Kraft sei und sich dem Willen seiner Gegner nun bald auf Gnade oder Ungnade werde fügen müssen? Nur Unverständnis oder böser Wille könnte zum letzteren führen. Die Dinge liegen doch so, daß Deutschlands militärische Kraft auch am Schluß des dritten Kriegsjahres ungebrochen ist. Die Kriegslage hat sich im letzten Jahre mehr zugunsten Deutschlands und seiner Verbündeten verschoben, wie etwa zu deren Ungunsten. Die russische Heere sind aus Galizien fast verdrängt, Rumänien ist nach seinem Eintritt in den Krieg glatt bezwungen, Italien sah seine Söhne in vergeblichem Ansturm an der Front der Verbündeten verbluten, in Mazedonien vermochten die Truppen der Entente nicht vorzudringen, die große Frühjahrsoffensive der Engländer und Franzosen brachte diesen trotz der ungeheuerlichsten Anstrengungen kaum erkenntlichen Gewinn und der neueste Angriff der Russen ist nicht nur abgewehrt, sondern hatte ein Vordringen der Angegriffenen zur Folge.

Demgegenüber vermag auch das Eingreifen Amerikas in den Krieg nichts daran zu ändern, daß Deutschland und seine Verbündeten in militärischer Hinsicht unbeswungen dastehen. Aber wie steht es in wirtschaftlicher Beziehung? Hat England seinen Aus Hungersplan durchzuführen und Deutschlands Widerstandskraft dadurch zu lähmen vermocht? Es wäre töricht, wenn wir behaupten wollten, daß in dieser Beziehung das dritte Kriegsjahr von uns leicht überwunden worden wäre. Schwere Entbehrungen hat das deutsche Volk tragen müssen, Entbehrungen, die in der Hauptsache auf die Abschneidung vom Weltmarkt zurückzuführen sind, zu denen aber auch eine ungünstige Ernte und leider auch das Zurücktreten der zuständigen Behörden vor energischer Durchführung der öffentlichen Versorgung und gleichmäßiger Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel, sowie letzten Endes verbrecherischer Eigennutz beigetragen haben, welcher letzterer in Preistreibern, in Ketten- und Schleich-

handel unräumlichen Ausdruck fand. Zurzeit können wir aber glücklicherweise sagen, daß die schlimmste Zeit überwunden ist. Nachdem der Anschlag an die neue Ernte erreicht und wohl zu erwarten ist, daß durch die Erfahrungen des letzten Jahres gewichtig, geeignete Maßnahmen zur gerechten Rationierung der Lebensmittel und zur Eindämmung der Preistreibern getroffen werden, ist es mit der Aus Hungern Deutschlands nichts. Im Gegenteil, es gewinnt immer mehr die Wahrscheinlichkeit für sich, daß England am eigenen Leibe nachdrücklich zu spüren bekommt, was es uns zugebacht hatte, nachdem der Unterseeboottief den zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens Englands so notwendigen Schiffsraum in steigendem Maße fortgesetzt verringert.

Es ist also nicht das Bewußtsein der Schwäche, was den Deutschen Reichstag zur Annahme seiner Entschliebung zugunsten eines Verständigungsfriedens veranlaßt. Das deutsche Volk will den Frieden je eher je lieber, weil es das entsetzliche Blutvergießen verabscheut, das der Krieg in dreijähriger Dauer erforderte, und weil es wahrlich genug der Vernichtung ist, die die Welt aufzuweisen hat. Im Bewußtsein unerlöster Kraft hat die deutsche Regierung im Dezember 1916 über die Köpfe der kämpfenden Heere hinweg dem Gegner auf blutiger Walfahrt die Hand zum Frieden geboten. Die Hand hat ins Leere gegriffen und noch unverhüllt wie vordem wurden von den Vortätern des Viererbandes die Pläne zur Vernichtung Deutschlands und mindestens seiner England unbenommen Industrie ausgerufen. Jetzt hat der Deutsche Reichstag sich der Sache des Friedens angenommen, indem er die Bereitwilligkeit Deutschlands zu einem Friedensschluß auf Grund gegenseitiger Verständigung, ohne gewaltsame Gebietsveränderung und ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung, also, landläufig ausgedrückt, ohne Annexionen und Kriegsentschädigung, als Willensäußerung der großen Mehrzahl des deutschen Volkes in die Welt rief. Wenn er gleich hernach aufs neue die von der Regierung geforderten Kriegskredite nahezu einstimmig bewilligte, so bekräftigte er damit nur das, was weiter in seiner Entschliebung gesagt ist, nämlich daß das deutsche Volk ebenso wie zum Frieden bereit, auch zur weiteren Verteidigung seiner Freiheit und seiner Selbständigkeit sowie zur Abwehr wirtschaftlicher Absperrung entschlossen ist.

Wir glauben hoffen zu dürfen, daß die Aufnahme der deutschen Friedensbotschaft im feindlichen Ausland jetzt eine andere sein wird wie vor einem halben Jahre. Damals war es das zartliche England, das zuerst die Einladung zu Friedensverhandlungen zurückwies. Heute ist der Zar mit samt seiner Clique abgetan und es sitzen Männer in der russischen Regierung, die aus dem Volke hervorgegangen sind und zum Teil selbst die baldige Beendigung des Krieges auf Grund gegenseitiger Verständigung auf ihre Fahne geschrieben haben. Die Arbeiterschaft und ihre Unternehmungen sind es, auf die heute die Augen der Welt gerichtet sind. Von ihr erwarten Millionen den Anstoß zu einer Friedensbewegung, die alle widerfrenden Gewalten mit sich fortreißen und dem Frieden eine Gasse bahnen soll. Die einst verpönte Sozialdemokratie hat in Deutschland den Anstoß zu der jetzt vorliegenden Entschliebung des Reichstags gegeben und hat in zähem Kampfe die große Mehrheit der Volksver-

terung für sie zu gewinnen vermocht; die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie sind an der Arbeit, wenigstens erst einmal unter der Arbeiterschaft aller Länder den Friedenswillen zu stärken und gegenseitiges Vertrauen und Vertrauen wieder herzustellen. Ein erster Versuch hierzu, der von dem für diesen Zweck zusammengetretenen holländisch-standinavischen Komitee mit der Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz nach Stockholm unternommen, deren Zusammenritt mehrmals verschoben und die schließlich für Anfang Juni in Aussicht genommen wurde, ist mißlungen. Die Widerstände waren in den Entente-Ländern in den sozialistischen Kreisen sowohl wie in den Kreisen der Regierungen so groß, daß eine allgemeine Konferenz nicht zustande kam. Wohl aber ist es zu Einzelberatungen des Komitees mit Abordnungen aus fast allen Ländern Europas gekommen, durch die die ärgsten Mißverständnisse wenn nicht beseitigt, so doch gemildert sind. In die Verhandlungen des holländisch-standinavischen Komitees mit einer in Stockholm erscheinenden Abordnung der russischen Arbeiter- und Soldatenräte haben das Ergebnis gezeigt, daß diese beiden Körperschaften gemeinschaftlich nunmehr eine allgemeine Konferenz auf den 15. August und die folgenden Tage nach Stockholm einberufen haben. Alle dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Parteien, die Reichsteilen sowohl wie die Widerstehten und die als selbständige Parteien konstituierten Oppositionsgruppen sind zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen. Der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei und auch die Generalkommission der Gewerkschaften haben bereits zugestimmt, Vertretungen zu der Konferenz zu entsenden, nachdem vordem schon eine zu den Vorparlamenten nach Stockholm entsandte Delegation die Auffassung der deutschen Partei zu den zur Verhandlung stehenden Fragen in einem ausführlichen Memorandum niedergelegt und dem Stockholmer Komitee übergeben hat. Wenn der Einfluß des holländisch-standinavischen Komitees nicht ausreichte, um die sozialistischen Parteien in England, Frankreich und Italien zur Teilnahme an der zuerst geplanten Stockholmer Konferenz zu veranlassen oder die „demokratischen“ Regierungen in diesen Ländern durch Bahaverweigerung die Reise dorthin unmöglich machten und die Parteigruppen sich damit einfach abfanden, so wird der Einfluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, der jetzt als Einberufer der neuen Konferenz mit auftritt, voraussichtlich diese Widerstände beheben und bewirken, daß endlich einmal Arbeitervertreter aus allen Ländern zu einer Besprechung über die Annäherung des Friedens zusammenkommen. Damit wäre zwar erst die Vorbedingung für die Möglichkeit eines Erfolges gegeben, aber wir wollen hoffen und wünschen, daß auch der praktische Erfolg nicht ausbleibt. Den Frieden selbst kann die Stockholmer Konferenz der Welt natürlich nicht bringen, was sie aber bringen kann und hoffentlich bringen wird ist eine Annäherung der Völker untereinander und die von den Vertretern aller Länder freiwillig zu übernehmende Verpflichtung, daß jede Abordnung auf Grund eines mehr oder weniger fest umrissenen Programms im eigenen Lande Volk und Regierung für die Friedensbewegung zu gewinnen und so darauf hinzuwirken sucht, daß allseitig Bereitwilligkeit zur Verständigung und zur Beendigung des Krieges Platz greift. Offizielle Friedensverhandlungen der Regierungen könnten dann den Friedensverhandlungen der Völker recht bald folgen.

Inzwischen ist aber noch ein anderes nötig, was nicht durch die Konferenz in Stockholm und auch nicht auf der zur Beratung der gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag, die wir in Nummer 24 und 25 veröffentlichten, auf den 1. Oktober nach Bern einberufenen Internationalen Gewerkschaftskonferenz gezeichnet sein kann, das ist die Neuordnung gar mancher Einrichtungen im eigenen Lande. Als durch die russische Revolution das absolutistische Regime in Rußland gestürzt war, wurde von den Kriegshebern in London und Paris dem Deutschen Reich die Keimung angedichtet, zur Stütze des Absolutismus in die inneren Angelegenheiten Rußlands eingzugreifen, um dadurch die Kriegsstimmung gegen Deutschland in Rußland sowohl wie im eigenen Lande anzufachen. Nichtsdestoweniger haben dieselben Männer es später als eines der Kriegsziele des Viererbandes bezeichnet, dem deutschen Volke

Freiheiten im eigenen Lande zu bringen. Das ist in Deutschland selbstverständlich abgelehnt, denn die Regelung der inneren Angelegenheiten Deutschlands muß lediglich Sache des deutschen Volkes selbst sein. Wohl aber darf nicht unbeachtet bleiben, daß der Krieg gar manche Einrichtung in Deutschland, die uns schon vor dem Kriege unerträglich erschienen, vollends unzumutbar gemacht hat, und daß es hohe Zeit ist, daß dem deutschen Volke gegeben wird, was ihm gebührt. Die Oberherrschaft des Kaisers hat in Verbindung mit einem noch am Schluß der Kämpfe des Herrn v. Bethmann-Hollweg erschienenen Erlaß in dieser Beziehung verheißungsvolle Anfänge in nahe Aussicht gestellt und der neue Kanzler hat in seiner Antrittsrede weitere, auf Demokratisierung der Reichs- und Staatsregierung hinauslaufende Neuerungen zugesagt; es gibt aber noch so mancherlei, was dringend einer baldigen Neuordnung bedarf, daß die Arbeiterschaft allen Anlaß hat, auf dem Posten zu sein. Wir denken dabei unter anderem insbesondere an die Befreiung der im § 153 der Gewerbeordnung liegenden Harten und ungerechten Ausnahmbestimmungen, an den dringend erforderlichen Schutz der gewerkschaftlichen Funktionäre vor den Fallstricken des Erpresserparagrafen, an den Erlaß eines Arbeiterammergesetzes, an die Befreiung der Arbeiter vom Arbeitsbuch, an die Wiederin-Kraftsetzung der Arbeiterschutzbestimmungen, an den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung und an vieles andere, was im Interesse der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt nötig ist. Die Arbeiterschaft hat sich tüchtig zu rühren, wenn sie den aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitsbrüdern und sich selbst das Haus noch vorher heimisch und mobilisch einrichten will, und am Entgegenkommen der herrschenden Gewalten darf es nicht fehlen, wenn der Arbeiterschaft nicht bittere Enttäuschung bereitet werden sollen.

Das dritte Kriegsjahr ist verstrichen und fortgeschrittenem Kriegeslärm und heißen Kämpfen da draußen an den Fronten sowie unter Verheerungen im Innern. Die Arbeiterschaft ist drauf und dran, nach Kräften dafür zu wirken, daß gleich zu Beginn des vierten Kriegesjahres in der ganzen Welt der Ruf nach Frieden den Kriegeslärm überdünnt und dem Kriege selbst recht bald ein Ziel gesetzt wird; sie rechnet aber auch darauf, daß das, was im dritten Kriegesjahr an inneren Reformen in Aussicht gestellt und sonst durch die Wirkung des Krieges doppelt notwendig geworden ist, nicht länger hintenangehalten wird.

Wären diese Hoffnungen, mit der wir die Schwelle des vierten Kriegesjahres überschreiten, durch den Gang der Dinge nicht enttäuscht werden.

## Die Kohlennot.

Zu den verschiedenen Mäßen, die uns die Kriegszeit schon gebracht hat, wird sich im bevorstehenden Winter voraussichtlich eine weitere gesellen, nämlich die Kohlennot. Das ist schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, es fragt sich nur, ob entsprechende Maßnahmen der verantwortlichen Reichs- und Staatsbehörden bzw. des für die Regelung des Kohlenverbrauches eingesetzten Reichskommissars die Kohlennot mehr oder weniger scharf in die Erscheinung werden treten lassen.

Deutschland besitzt an sich den größten Kohlenreichtum der Welt. Es ist in dieser Beziehung also nicht auf eine Versorgung vom Ausland angewiesen, sondern ist in normalen Zeiten selbst Ausfuhrland. Auch während des Krieges hat Deutschland erhebliche Mengen Kohlen ins Ausland abgestoßen und abstoßen müssen, weil neutrale Länder, die von der Kohlenzufuhr aus England abgeschnitten sind, die Belieferung mit Kohle als Vorbedingung für die Lieferung eigener Waren nach Deutschland gemacht haben. Inwieweit das zu der Kohlenknappheit im vorigen Winter beigetragen hat, durch die in den kältesten Monaten Hausbrandholz für die städtische Bevölkerung, die Bortsäte nicht einlagern konnte, gar nicht zu erlangen war, wegen der Schulen und andere öffentliche Anstalten wochenlang geschlossen werden und auch gewerbliche Betriebe ihren Betrieb stellenweise einschränken mußten, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Auf alle Fälle hätten die im vorigen Winter entstandenen Schwierigkeiten aber Anlaß zu sorgfältiger und rechtzeitiger Regelung der Förderung und des Verbrauchs geben sollen, damit wir im kommenden Winter vor einem Kohlenmangel bewahrt geblieben wären. Das ist aber nicht geschehen, denn schon seit Monaten zeigt sich, daß Wintervorräte an

Hausbrandholz für kleinere Verbraucher gar nicht zu bekommen sind, ja es bilden sich schon jetzt vor den Kohlenhandlungen die bekannten Kolonnen, wenn irgendetwas bei einem Händler eine Kohlenlieferung eingetroffen oder auch nur in Sicht ist. Beim Streik darum, wer Schuld an den vorliegenden Mißständen ist, kommen gar sonderbare Dinge zutage. So berichtete die „Post“, deren Beziehungen zum westfälischen Kohlenrevier bekannt sind, daß eine der größeren Kohlengehenden des Ruhrreviers vier Millionen Tonnen Kohle lagern mußte, während die Rheinisch-Westfälische Kohlenbergbau AG, die die nötigen Kohlenmengen zur Ausnutzung des vorhandenen Kohlenraums nicht zugeführt wurden. Andererseits wurde in der Stadtverwaltung in Frankfurt a. M. und auch von einer Reichsbehörde gegenüber dem Kohlenhändler der Borussia erhoben, daß es die Kohlenförderung hemme als Protest gegen die innere und äußere Politik des Reichskanzlers, wogegen Herr Kirdorf, der Führer des Kohlenhändlers, sich unter Berufung auf seine Vaterlandsliebe ausdrücklich gläubig verhalten zu sollen. Aus den schlesischen Kohlenbezirken kommt die Nachricht, daß durch Streiks der Arbeiter die Kohlennot verschärft werde, während die „Vergewaltigung“ feststellt, daß die vorgekommenen Arbeitseinstellungen erst eintreten, nachdem die Arbeitseinstellungen wiederholt und vergeblich um Verhandlungen über aufgehellte Lohnforderungen bei den Grubenverwaltungen vorstellig wurden. Eine allgemeine und schnelle Beilegung der Ausstände, die von den Vertretern der Arbeiterorganisationen durch eine Verhandlung vor dem Oberbergamt verhindert wurde, scheiterte aber an der prinzipiellen Ablehnung der Unternehmer, mit den Gewerkschaften über Arbeiterfragen zu verhandeln. Das sind alles Vorkommnisse, die mehr oder weniger zur Verschärfung der Kohlennot beitragen können, in der Hauptsache ist dieselbe aber offenbar darauf zurückzuführen, daß eine rechtzeitige Verteilung der Kohlen auf alle Bezirke und gleichmäßige Rationierung über das ganze Reich immer noch veräußert wurde. Das führte bereits dazu, daß bemittelte Kreise sich mit Hausbrandholz rechtzeitig und reichlich vorzulegen konnten, während kleine Verbraucher und besonders die ärmeren Volksschichten, die keine Räume und keine Geldmittel zur Vorversorgung mit Kohlen besitzen, im kommenden Winter voraussichtlich wieder werden frieren müssen, wenn nicht in letzter Stunde noch seitens der zuständigen Staatsbehörden eingegriffen und eine gerechte Rationierung über das ganze Reich vorgenommen wird.

Was die Zivilbehörden bisher veräußert, ist wenigstens für Groß-Berlin durch die Militärbehörde, das Oberkommando in den Marken, im Einberufenen mit den beteiligten Stadtverwaltungen einwirken auf lokaler Basis in die Wege geleitet, indem alle vorhandenen und nach Berlin hereinkommenden Kohlenvorräte beschlagnahmt sind und der Verkauf nur nach der vorgekommenen Rationierung zulässig ist. Wie knapp es mit den voraussichtlich zur Verfügung stehenden Mengen bestellt sein muß, erkennt man an den den Haushaltungen zugeteilten sehr geringen Quanten. Es sollen nämlich erhalten Haushaltungen mit einem heizbaren Raum 5 Zentner, solche mit zwei heizbaren Räumen einschließlich der Küche 10 Zentner, solche mit 3 heizbaren Räumen 15 Zentner, mit 4-5 heizbaren Räumen, immer einschließlich der Küche, 20 Zentner und mit mehr als 5 Zimmern 30 Zentner. Für Haushaltungen mit Zentralheizung und für gewerbliche Betriebe findet eine besondere Regelung statt. Die oben angegebene Zuteilung erscheint ebenso knapp wie ungerecht. Knapp, weil gar nicht bestimmt angegeben ist, wie lange die zugeteilte Menge reichen muß, und ungerecht, weil die großen Haushaltungen den kleineren gegenüber offenbar bevorzugt sind. Lokale Regelung muß hier überhaupt unzulänglich bleiben, solange keine Gewähr dafür gegeben ist, wie groß die Zufuhr an Kohlen sein wird, es muß deshalb das Verlangen nach gleichmäßiger Regelung des Verbrauchs auf zentraler Grundlage mit allem Nachdruck erhoben werden.

In Bemühungen, die zuständigen Stellen zum Eingreifen zu veranlassen, hat es nicht gefehlt. Schon im Mai hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen sich mit einer Eingabe an das Reichsamt des Innern gewandt, in der gleichmäßige Belieferung der Städte mit Hausbrandholz und Rationierung derselben verlangt wurde. Im Juni hat der Hauptauschuß des Deutschen Städtetages eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Da die bisher bekanntgewordenen Maßnahmen der zentralen Stellen nicht als zureichend erachtet werden können; da auch der Versuch des Reichsamt des Innern, dem Reichsausschuß durch eine Abordnung das ganze Schwerkriegsgebiet der Frage zu entwickeln, bisher einen Erfolg nicht gehabt hat, so muß sich der Hauptaus-



schwere Krisis, in die der Verband nach Ausbruch des Krieges dadurch geriet, daß über 6000 seiner Mitglieder arbeitslos wurden und die Ausgabe für Unterhaltungen trotz der vorgenommenen Einschränkungen wöchentlich nahezu 30 000 Mk. betrug, glücklich überwunden ist. Mit Bezug auf die Mitgliederbewegung sowohl wie auf die Stimmverhältnisse ist eine wesentliche Besserung eingetreten, so daß der Vorstand glaubt der Zuversicht Ausdruck geben zu können, daß ein Rückschlag nicht mehr zu befürchten steht.

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Berichtsjahres 6353 und am Schlusse desselben 5532. Sie ist also um 821 zurückgegangen. Der Rückgang ist aber lediglich auf die Einberufungen zum Heeresdienst bzw. auf zeitweilige Abmeldungen zurückzuführen, denn im übrigen steht einem Zugang von 707 Mitgliedern ein Abgang von nur 573 gegenüber. In der Lehrlingsabteilung wurden Anfang 1916: 1298 und Ende des Jahres 1096 Mitglieder gezählt. Der Zugang war gering, weil die im Gewerbe übliche niedrige Entlohnung der Lehrlinge zahlreicherem Zugang zum Gewerbe hindern half. Der Abgang erfolgte in der Hauptsache durch Uebertritt in den Verband nach beendeter Lehrzeit und durch Einberufung zum Heere. Die Einnahme der Verbandskasse betrug insgesamt 349 688 Mk., der eine Ausgabe von 242 224 Mk. gegenübersteht. Die ausgezahlten Unterhaltungen betragen sich insgesamt auf 107 902 Mk. Die größte Ausgabe erforderte die Krankenunterstützung mit 44 823 Mk., dann folgt die Invalidenunterstützung mit 25 604 Mk., während Arbeitslosen- und Reisunterstützung 20 097 Mk. erforderten. Der Verband hat 304 Invaliden laufend zu unterstützen. Arbeitslose Mitglieder waren am Jahreschluß nur 45 vorhanden.

Se mehr im Laufe des Berichtsjahres die vor dem Jahre beginnende Arbeitslosigkeit durch eine Arbeiterknappheit abgelöst wurde, konnte der Verband auch auf die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Mitglieder hinwirken. Im Chemigraphenverbande verstand der Vorstand des Unternehmerverbandes sich dazu, seinen Mitgliedern die Gewährung einer allgemeinen Feuerungszulage vom 1. April 1916 ab zu empfehlen, in den Hauptberufen aber, wo keine tarifliche Bindung besteht, mußte örtlich oder betriebsweise vorgegangen werden. Die Unternehmer sträubten sich nach Kräften gegen jede Verbesserung der Lohnerhältnisse. Als Grund ihrer Weigerung führten sie die Preissteigerungen der Rohstoffe wie Papiere, Farbe, Firnis, Chemikalien usw. an und drohten vielfach mit Stilllegung der Betriebe, weshalb sich die Arbeiterschaft teilweise mit sehr geringen Zulagen abgeben ließ. Immerhin vermochte der Verband durch Umfrage festzustellen, daß für 2114 Mitglieder insgesamt eine Aufbesserung von 6783 Mk. pro Woche erreicht wurde, die zum Teil in Lohnsteigerungen und zum Teil in Feuerungszulagen ihren Ausdruck fand. Von 132 Mitgliedschaften beteiligten sich aber nur 57 an der obigen Ermittlung, so daß anzunehmen ist, daß in Wirklichkeit noch wesentlich mehr an Lohnaufbesserungen herausgeholt wurde, wie durch die Zusammenstellung nachgewiesen wird.

Der Verband hat 43 Tarifverträge abgeschlossen, die für 343 Betriebe Geltung haben, in denen 1627 Personen beschäftigt sind.

Am 1. April 1916 konnte der Verband der Lithographen und Steindruckers auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Die Kriegszeit und die durch sie verursachten schwierigen Verhältnisse ließen Jubiläumstimmung aber nicht aufkommen. Nur durch eine Festnummer der „Graphischen Presse“ wurde der Bedeutung des Tages Ausdruck verliehen.

Georg Diehl, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Dachdecker, ist am 17. Juli in Frankfurt a. M. gestorben. Diehl ist über 30 Jahre in führender Stelle in der Arbeiterbewegung tätig gewesen. Seit 1897 war er Vorsitzender des Dachdeckerverbandes, der unter seiner Leitung sich kräftig entwickelt hat. Neben seiner Tätigkeit in der Gewerkschaft war Diehl auch als Stadtverordneter in Frankfurt a. M., in der Parteibewegung und für die Ortskrankenkasse tätig. Ehre seinem Andenken!

Ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der erste während des Krieges, ist zunächst zum 13. August d. J. nach Würzburg einberufen worden. Er mußte dann aber verschoben werden, weil für den gleichen Zeitpunkt die Internationale Sozialistenkonferenz nach Stockholm einberufen wurde, deren Tagung der Parteitag nicht hinderlich sein durfte. Ein neuer Termin für den Parteitag ist noch nicht festgelegt.

**Abrechnungen**

Vom 2. Quartal gingen bis zum 23. Juli bei der Verbandskasse ein: von Berlin mit 12 000 Mk., Frankfurt a. O. 50 Mk., Kottbus 50 Mk., Ludenwalde 300 Mk., Rathenow 200 Mk., Stettin 150 Mk.,

Tilsit 90 Mk., Halberstadt 74,31 Mk., Gau 6/7  
 ———— Mk., Bremen ———— Mk., Hamburg-Altona  
 1000 Mk., Rostock ———— Mk., Rüttingen-Wilhelms-  
 hoven 63,08 Mk., Schwerin 130 Mk., Gau 8 ————  
 Markt, Braunschweig ———— Mk., Hannover 400 Mk.,  
 Hildesheim 50 Mk., Gau 9 ———— Mk., Eisenach  
 101,59 Mk., Eisenberg ———— Mk., Gera 150 Mk.,  
 Langensalza 80 Mk., Rudolstadt ———— Mk., Mühlh  
 ———— Mk., Schleiz 174,63 Mk., Sonneberg 100 Mk.,  
 Weimar 74,77 Mk., Zeitz ———— Mk., Aachen ————  
 Markt, Dortmund 150 Mk., Duisburg-Muhrort 50  
 Markt, Hagen 131,69 Mk., Krefeld 200 Mk., Rem-  
 scheid 50 Mk., Solingen-Wald ———— Mk., Gau 11/13  
 225,61 Mk., Danau ———— Mk., Saarbrücken 31,35  
 Markt, Gau 12 306,91 Mk., Altenburg 170 Mk.,  
 Annaberg-Buchholz 100 Mk., Chemnitz 300 Mk.,  
 Dresden 2000 Mk., Gößnitz ———— Mk., Leipzig  
 10 919 Mk., Meißen ———— Mk., Rauen ———— Mk.,  
 Wurzen ———— Mk., Zittau 50 Mk., Zwickau 50 Mk.,  
 Zahr ———— Mk., Neulingen 50 Mk., Straßburg  
 150 Mk., Gau 16 100 Mk., Erlangen ———— Mk.,  
 Nürnberg-Fürth ———— Mk., Schweinfurt ———— Mk.,  
 und von Kaufbeuren mit 70 Mk.

E. Gauseisen.

**Elterarlches.**

Aus eigener Kraft betreibt sich der Roman, mit dessen Abdruck die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“ vom 1. Juli d. J. ab beginnt. Der Verfasser ist der Staffler Lehrer Valentin Traub. Er zeichnet mit kräftigen Strichen ein hartköpfiges Bauernvolk, das sich mit allen Mitteln gegen den Einbruch der Industrie in seine Dorfsäue zu wehren sucht, und das mit List und Gewalt, mit Brandstiftung und Mord gegen die neue Zeit ankämpft. Daneben gelangt zum Ausdruck: Die Prarie am Jacinto, eine Erzählung von Charles Sealsfield. Die Erzählung, dessen Verfasser ein aus Oesterreich entflohener Mönch ist, gibt ein packendes Bild der Prarie des wilden Westens, die sich in ihrer farbigen Schönheit, aber auch mit all ihren Gefahren vor dem Leser erhebt. Neben diesen Erzählungen bieten die Seite in reicher Abwechslung lebenswerte illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, daneben Scherz, Satire und für die Frauen, was in Haus und Küche nützlich ist. Unsere Leser sollten auf „In Freien Stunden“ abonnieren. Sie werden an dem guten reichen Inhalt der wöchentlich erscheinenden Hefte ihre Freude haben. Jedes Heft kostet 15 Pf.

**ANZEIGEN.**

**Zahlstelle Leipzig.**

**Achtung!**

Kollegen und Kolleginnen! In den Tagen vom 30. Juli bis zum 2. August werden die Büroräume von Leipzig-Neuditz, Grenzstr. 24, nach dem Grundstück

**Leipzig, Tauchaer Straße 19-21 "**,

verlegt.

Wegen der damit verbundenen Räumungsarbeiten können in diesen Tagen irgendwelche Verbands-geschäfte nicht erledigt werden.

Wir bitten deshalb alle Vertrauensleute und Mitglieder, sich für die fraglichen Tage entsprechend einzurichten.

Von Freitag, den 3. August, an wird der volle Geschäftsbetrieb in den neuen Räumen aufgenommen.

Die Ortsverwaltung.

**Heftdraht Nr. 28 dopp. verzinkt,**

1/2 mm stark, 55 Rollen je 2 1/2 kg brutto hat abzugeben

**Luft-Fahrzeug-Gesellschaft m. b. H.,**

Abteilung Flugzeugbau Kaiserdamm,

Charlottenburg 9, Hognitzstraße.

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.**

Ortsverwaltung Leipzig.

Am Sonnabend, den 4. August, befindet sich das

**Kassenlokal**

im Restaurant „Gabelberger-Hof“, Neuditz, Gabelbergerstr. Nr. 3.

Geschäftszeit für Auszahlung des Krankengeldes und Einzahlung der Beiträge von 1/8 bis 1/8 Uhr abends. Die Ortsverwaltung.

**Tüchtigen Presser**

für dauernd verlangt

**Frydrychowicz, Belfer-Allianzstr. 92.**

**Goldschnittmacher**

für Schrägschnitt

werden in oder außer dem Hause beschäftigt. Wir lernen auch solche an.

**Kunstanstalt Stengel & Co., G. m. b. H., Dresden-A., Bärensteiner Str. 29.**

**Bündfaden**

für Post- und Bahnversand.

Probe 5 kg. gegen Nachnahme. Lieferung nur an Selbstverbraucher. **Willy Rendsburg, Kiel 26.**

**Zahlstelle Köln.**

**Mehrere tüchtige Buchbinder** werden hier für dauernde Stellung sofort gesucht. Meldung im Arbeitsnachweis bei A. Wolf, Eintrachtstr. 75.

**Tüchtige Druckereibuchbinder und Buchbindergehilfen**

(möglichst militärfrei) in Dauerstellung für kriegswichtigen Betrieb sofort gesucht.

**Hofbuchdruckerei Max Hahn & Co. Mannheim H. 2. 2.**

**Zahlstelle Berlin.**

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Maschinenfabrikerin

**Margarete Leherr**

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Eisenberg.**

Am 17. Juli verschied sanft und ruhig nach kurzem aber schwerem Leiden unser langjähriger Kollege

**Hermann Behr.**

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.